

Wie sollten die Palästinenser auf israelische Annexionsdrohungen reagieren?

Yara Hawari, al-shabaka.org, 26.04.20

Am Mittwoch sagte US-Außenminister Mike Pompeo in einem News-Briefing, dass die Annexion des Westjordanlandes letztlich eine „israelische Entscheidung“ sei und dass die Vereinigten Staaten ihre Ansichten in dieser Angelegenheit Israel unter vier Augen mitteilen würden. Seine Äußerungen erfolgten nur zwei Tage nach der Einsetzung einer neuen israelischen Einheitsregierung nach einer Einigung zwischen dem amtierenden israelischen Premierminister Benjamin Netanjahu und seinem politischen Rivalen und Chef der Blau-Weiß-Allianz, Benny Gantz.

Tatsächlich ist das Begehen von Kriegsverbrechen immer eine israelische Entscheidung, und die Antwort der internationalen Gemeinschaft besteht stets darin, sie zu ignorieren

Als Teil der Vereinbarung wird Netanjahu für weitere 18 Monate als Premierminister fungieren, danach soll Gantz das Amt übernehmen. Es wird ihm auch die Möglichkeit geben, ein Gesetz zu verabschieden, mit dem große Teile der Westbank ab 1. Juli annektiert werden können.

Die Annexion des 1967 besetzten palästinensischen Landes ist völkerrechtswidrig, doch die Wirklichkeit sieht so aus, dass die Besetzung des Westjordanlandes de facto eine Annexion war.

Das israelische Regime ist nun bestrebt, seine Souveränität durch eine De-jure-Annexion auszudehnen, die einen Großteil des Westjordanlandes unter israelisches Recht stellen würde, so dass nur noch einige kleine Gebiete mit dicht besiedelten palästinensischen *Bantustans* übrig bleiben würden.

Viele liberale Zionisten sahen in Gantz' Blau-Weiß-Koalition eine gangbare Alternative zur korrupten Herrschaft Netanjahus, während zahlreiche ausländische Diplomaten hofften, dass er ein „Partner für den Frieden“ sein würde. Und dies, obwohl Gantz während seiner gesamten Wahlkampagnen klar machte, dass er die Annexion verfolgen würde.

Als Reaktion auf die erklärte Annexionsposition der Einheitsregierung und Pompeos Kommentar warnten mehrere EU-Mitgliedstaaten vor der israelischen Annektierung palästinensischen Landes in der Westbank und „rieten dringend davon ab“. Inzwischen hat auch Jordanien wiederholt erklärt, dass es Schritte zur Annexion „ablehnt“.

Diese jüngsten Verurteilungen folgen dem bekannten Muster schwacher Erklärungen, die immer dann abgegeben werden, wenn das israelische Regime gegen das Völkerrecht verstößt, ohne dass Auswirkungen zu befürchten sind. Tatsächlich ist das Begehen von Kriegsverbrechen immer eine

israelische Entscheidung, und die Antwort der internationalen Gemeinschaft besteht stets darin, sie zu ignorieren.

Die Tatsache, dass israelische politische Führer im gesamten politischen Spektrum die Annexion anstreben, ist wenig überraschend. Der Expansionismus in palästinensisches Land ist die raison d'être des israelischen Regimes, und zwar seit seiner Gründung. Der israelische Siedlungsbau hat seit 1948, als die ethnische Säuberung des historischen Palästina begann, nie aufgehört. Und es war eine so genannte linke israelische Regierung, die das Siedlungsunternehmen in der Westbank und im Gazastreifen nach deren Besetzung 1967 federführend leitete.

Die palästinensische Führung reagierte auf diese jüngsten Entwicklungen mit der gleichen scharfen Rhetorik und leeren Drohungen. Der Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA), Mahmoud Abbas, drohte erneut damit, die Abkommen mit Israel und den USA „vollständig aufzukündigen“, falls Israel mit der Annexion fortfahren würde, und warnte davor, dass die Palästinenser „nicht in Handschellen dastehen“ würden.

Da das Überleben der Palestine Authority in hohem Maße von der internationalen Gebergemeinschaft und der israelischen Regierung abhängt, ist es unwahrscheinlich, dass sie jemals in der Lage sein wird, eine echte Herausforderung gegen die Annexion darzustellen.

Jahrzehntelange, als „Friedensverhandlungen“ verkleidete Kapitulationsdiskussionen haben die Palästinenser in dieser historisch verwundbaren Situation gelassen.

Tatsächlich sind die Palästinenser trotz des Protests des Präsidenten der Palästinensischen Autonomiebehörde bereits „mit Handschellen gefesselt“ und in einem Freiluftgefängnis eingesperrt, in dem sogar Abbas selbst die Israelis um Erlaubnis bitten muss, Ramallah zu verlassen. Darüber hinaus hat die COVID-19-Pandemie die Palästinenser unter Hausarrest gestellt, die in akuter Angst vor einer Ansteckung leben und nicht in der Lage sind, die israelische Übernahme ihres Landes ernsthaft in Frage zu stellen.

Dies bedeutet jedoch nicht, dass die palästinensische Bevölkerung nachgegeben hat. Der Kampf gegen das israelische Regime geht weiter, ebenso wie die Versuche, es mit Hilfe der BDS-Bewegung und der Untersuchung seiner Kriegsverbrechen durch den Internationalen Strafgerichtshof zur Rechenschaft zu ziehen, und es für die wirtschaftlichen und rechtlichen Kosten der Unterdrückung aufkommen zu lassen.

Das ist alles wichtig, aber es reicht nicht aus. Jetzt ist die Zeit für eine Neuausrichtung der Bemühungen und eine Änderung der politischen Strategie gekommen. Die Palästinenser müssen ihr eigenes Haus aufräumen und eine neue repräsentative und legitime Führung einfordern, die sich nicht länger vor einer internationalen Gemeinschaft verneigt, die den israelischen Expansionismus ermöglicht. Während Wahlen eine wichtige demokratische Praxis sind, würden sie im Westjordanland und im Gazastreifen nur dazu dienen, die derzeitigen Behörden zu stützen.

Was wir brauchen, ist eine vollständige Umgestaltung des gegenwärtigen politischen Systems, das sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten ausschließlich darauf konzentriert hat, die Palästinenser unter Kontrolle zu halten und zurückzuhalten. Eine solche Neuordnung erfordert eine Rückkehr zu einem

revolutionären Konsens, der durch Pluralität und Versöhnung der politischen Gruppen, geographischen Gruppen und Kollektive sowie durch eine Mobilisierung der Bevölkerung für eine politische Agenda der Befreiung erreicht wird. Nur dann werden wir eine Chance haben, den Diebstahl palästinensischen Landes zu stoppen.

Die in diesem Artikel geäußerten Ansichten sind die des Autors und spiegeln nicht unbedingt die redaktionelle Haltung von Al Jazeera wider.

Übersetzung: Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de

Quelle/n:

<https://al-shabaka.org/op-eds/how-should-palestinians-respond-to-israeli-threats-of-annexation/>

(zuerst veröffentlicht auf Al Jazeera English)

<https://www.aljazeera.com/indepth/opinion/palestinians-respond-israeli-threats-annexation-200425123412359.html>